

ORIENTIERUNG

Katholische Blätter für weltanschauliche Information

Erscheint zweimal monatlich

Nr. 20

15. Jahrgang der «Apologetischen Blätter»

Zürich, den 31. Oktober 1951

INHALT: Zum ersten Weltkongress für das Laienapostolat.

Das gesellschaftliche Ordnungsgefüge und die europäische Wirtschaftseinheit: Die Einung Europas als politisches und wirtschaftliches Problem — Die monomane staatliche Souveränität.

Italien: Wird der Kommunismus doch noch siegen?: Keine blosser Magenfrage mehr — Tatsachen.

Indien: Entwicklungstendenzen des Sozialismus: Indischer Sozialismus und internationaler Sozialismus — Volks-Charta — Nationale Belegung — Vermögensabgabe — Stellungnahme der Katholiken — Schlussfolgerungen.

Weg und Wert des Yoga: Was ist Yoga? — Die acht Stufen — Bewertung.

Ex urbe et orbe: Frauenemanzipation in Israel — Eine amerikanische Nonne spricht zur Frauenfrage — Was geht im Baltikum vor?

Buchbesprechungen: Radecki — Paulsen — Randa.

Zum ersten Weltkongress für das Laienapostolat

Vom 7.—14. Oktober erlebte das ewige Rom den ersten Weltkongress für das Laienapostolat.

Allein die Tatsache dieses Ereignisses deutet auf eine grosse Stunde in der Geschichte der Kirche hin. Eine solche Stunde muss in ihrer Bedeutung richtig erfasst werden nach einer doppelten Seite hin: Erstens ist sie abzugrenzen gegen falsche Deutungen, die dem eigentlichen Anliegen nur schaden könnten; zweitens ist ihr wahrer Sinn deutlich herauszustellen.

Zum ersten machen verschiedene Redner des Kongresses und nicht zuletzt der Papst selbst — fast erschreckend über ihren eigenen Mut — sehr nachdrücklich darauf aufmerksam, dass es sich nicht um eine Strukturänderung der Kirche selbst handeln könne, wenn nun erstmals das Apostolat der Laien in so demonstrativer Weise in den Vordergrund gerückt werde. Die Kirche hat von Christus ihre im Wesentlichen unwandelbare Struktur erhalten, die sie zu einem wohlgegliederten Leib macht, in dem jeder Teil seine Funktion besitzt. Es kann nicht darum gehen, aus Anpassung an die Zeitverhältnisse, aus taktischen Gründen an dieser Gliederung etwas ändern zu wollen; etwa dem Laien Funktionen zu übertragen, die bisher Sondergut der Hierarchie waren. Es ist darum töricht, vom Apostolat der Laien als von etwas «Neuem» im Aufgabenkreis der Kirche zu reden.

Es ist ebenso töricht, von einer «Emanzipation» der Laien in der heutigen Zeit zu sprechen, wie dies da und dort geschehen ist, gleich als ob es neben dem Apostolat der Hierarchie und parallel zu diesem ein unabhängiges Apostolat der Laien geben könnte, das sich in unseren Tagen als notwendig herausgestellt hätte.

Andererseits ist — weil die ganze Kirche den Auftrag hat, das Leben Gottes in die Welt zu tragen — auch der Laie zum Apostolat wesentlich verpflichtet. Er ist das nicht erst heute, nicht nur aus besonderen Zeitumständen heraus; er ist das auf Grund seiner Kirchengliederschaft, auf Grund seiner Taufe und Firmung; er ist das in einer anderen Weise als die Hierarchie — aber nicht weniger wesentlich als diese.

Ebenso war nicht Anlass oder Zweck dieses Kongresses, eine geschichtliche Korrektur in der Entwicklung der Kirche vorzunehmen. Man hat nämlich gelegentlich hören können, die Kirche sei, aus dem Bestreben, gegenüber den Reformatoren die Bedeutung des Amtes in der Kirche zu unterstreichen, in einen gewissen «Klerikalismus» unmerklich hinübergeglitten, so dass sie nicht gerne vom «allgemeinen Priestertum» rede und ihren Klerus am liebsten bis in die weltlichsten Gebiete würde hineinregieren lassen, so dass — wenn nicht theoretisch so doch praktisch — dem Laien, auch auf seinem ureigensten Gebiet, nämlich der sachgemässen Gestaltung dieser irdischen Welt, vom Klerus jede Eigenverantwortung abgenommen wäre. Manche scheinen geäussert zu haben, dieser Kongress bedeute den Versuch, von kirchlicher Seite diese Abirrung — gemäss der theoretisch immer gültigen Lehre — mit leiser Hand praktisch zu korrigieren. Der Heilige Vater lehnt in seiner Kongressansprache diese Deutung mit sehr klaren und entschiedenen Worten ab.

Im übrigen ist es leicht verständlich, dass solche Gedanken, wie wir sie soeben genannt haben, in der Kirche auftauchen. Sie bedeuten nichts anderes als den natürlichen Hang des Menschen, zu vereinfachen, zu simplifizieren. Genau so, wie man in früheren Zeiten, da die Welt monarchisch regiert wurde, nur zu oft der Versuchung erlag, diese monarchische Regierungsform als die der Menschennatur entsprechendste und durch das Vorbild der Kirche als gottgewollte auch für den weltlichen Raum anzusehen, genau so ist heute eine gewisse Tendenz zu verspüren, nun umgekehrt, von der «demokratischen» Welt her (in der es tatsächlich so etwas gibt, wie das «Mündigwerden» breiter Volksschichten auf sozialem und politischem Gebiet), diese demokratische Welle auch in die Kirche hineinzutragen oder hineinzuprojizieren. Der Denkfehler, der diesen beiden Tendenzen zu Grunde liegt, ist derselbe. Er besteht darin, dass man nicht hinreichend beachtet, dass, wenn auch Staat und Kirche beide ihre Autorität von Gott haben, das doch auf andere und andere Weise der Fall ist. Der Staat auf dem Wege von unten nach oben, d. h. als Ableitung aus der sozialen Menschennatur; die Kirche, die

übernatürliche Gemeinschaft, von oben nach unten, d. h. auf dem Weg direkter göttlicher Einsetzung und Stiftung.

Es ist daher nicht erstaunlich, dass auf diesem Kongress Papst wie Bischöfe nicht müde wurden, mit grösstem Nachdruck die hierarchische Struktur der Kirche und den wesentlichen Unterschied von Laien und Priestern zu betonen. Ein Laie, auch der Laienapostel, hat an der Hierarchie keinen Anteil, weder an der Weihe- noch an der Jurisdiktionsgewalt derselben. Diese Abwehrgeste von seiten der Hierarchie wurde noch dadurch unterstrichen, dass man sogar die bis heute übliche Definition der Katholischen Aktion: «Die Teilnahme der Laien am hierarchischen Apostolat der Kirche», die Papst Pius XI. aufgestellt hatte, verbessert sehen wollte, indem man an die Stelle des Wortes «Teilnahme» (compartecipazione) — das zu Missverständnissen Anlass geben könnte — das Wort «Mitarbeit» (collaborazione) setzte. Kardinal Caggiano (Argentinien), eine der markantesten Persönlichkeiten der Kirche, forderte diese Verbesserung mit ausdrücklichen Worten. Dass er dabei im Sinn Pius XII. handelte, ersieht man daraus, dass auch dieser in seinen Reden niemals das Wort «Teilnahme» gebraucht und es stets durch «Mitarbeit» ersetzt, ein Wort, das im übrigen bereits Pius XI. neben dem Wort «Teilnahme» verwendet hatte.

Wenn also auch diese Abwehrgeste am Kongress nicht zu übersehen war, so wäre es trotzdem völlig verfehlt, zu glauben, ihretwillen sei der Kongress überhaupt einberufen worden. Wir kehren also zu unserer Ausgangsfrage zurück. Was bewog die Kirche einen Weltkongress über Laienfragen einzuberufen? Der Grund muss in einer weltweiten und erstmaligen Situation liegen, zu deren Bewältigung der Einsatz des Laienapostolates von einzigartiger Bedeutung ist. Diese Situation ist tatsächlich gegeben und der Kongress war sich ihrer bewusst. Sie enthält eine negative und eine positive Seite; sie stellt eine ungeheure Bedrohung der Kirche dar und eröffnet ihrem Apostolat ungeahnte Möglichkeiten. Die Wurzel von beiden liegt in der gewaltigen Entwicklung der Wissenschaften und der Technik, in deren Folge das gesamte Leben der Menschen eine tiefgreifende und nie dagewesene Umgestaltung erfährt.

Die Bedrohung liegt darin, dass diese Entwicklung schon an und für sich die Menschen in grosse Gefahren stürzt. Dazu kommt, dass diese Entwicklung grossenteils in den Händen nichtchristlicher oder sogar christentumsfeindlicher Menschen liegt. Sie — und nicht die Christen — sind heute weithin in der Entwicklung führend. Der verehrungswürdige Gründer der belgischen JOC, der belgische Msgr. Cardijn, hat diese Welt-situation in einem grossangelegten Panorama der Versammlung in Rom erschütternd vor Augen geführt. Es war die entscheidende Rede des Kongresses.

Cardijn hatte aber gewiss recht, wenn er den Hauptakzent seiner Rede nicht auf die Bedrohung, sondern auf die Eröffnung ungeahnter Möglichkeiten zum apostolischen Wirken legte, die durch ebendieselbe Entwicklung uns geboten werden. Es ist kein Zweifel, dass die Welt heute wie aufgepflügt daliegt, bereit den Samen des Wortes Gottes aufzunehmen. Es befindet sich heute die Welt — unter Schmerzen zwar — aber unaufhaltsam auf dem Weg zu nie dagewesener Einheit, sie bietet damit erstmals grosszügig die Voraussetzungen für eine praktische Gestaltung der Weltkirche. Welch grosse Stunde für eine «katholische» Kirche!

Warum ist in dieser Stunde vor allem der Laie in der Kirche aufgerufen? Die Antwort liegt, nach dem Gesagten, auf der Hand. Alle diese tiefgreifenden Veränderungen der heutigen Welt liegen auf dem Gebiet, in dem der Laie sein eigentliches Wirkungsfeld hat. Es sind die Wirtschaft, das soziale Leben, die Wohnverhältnisse, die Beteiligung der Vielen am Weltgeschehen, ihre Einflussnahme auf den Arbeitsprozess, die Agonie der nationalen Souveränitäten zugunsten weltumspannender politischer Gebilde, kurz alles das, was man als den weltlichen Raum bezeichnet hat, was heute in

Bewegung ist. Es entsteht eine neue Welt. Die Kirche, deren erstes Aufgabengebiet die übernatürliche Formung der Menschen ist, steht in dieser Welt. Ihr Apostolat, das unter der Leitung der Hierarchie steht, hat zum direkten Gegenstand nicht die zeitliche Gestaltung dieser weltlichen Bereiche, sondern die Erfüllung der Menschen mit dem göttlichen Leben. Trotzdem wirkt sich ihr übernatürliches Bemühen notwendig indirekt auch auf diesen weltlichen Raum aus und umgekehrt bietet die jeweilige irdische Gestalt der Welt ihrem übernatürlichen Wirken andere und andere, günstige oder ungünstige Entfaltungsmöglichkeiten. Das Wirken der Kirche in diesem weltlichen Raum, ein Wirken, das man als indirektes Apostolat bezeichnen könnte, weil es ein indirektes Anliegen der Hierarchie darstellt, ist die direkte Aufgabe der katholischen Laien. Die Bedeutung dieses indirekten Apostolates, das in der Gestaltung des weltlichen Raumes als Vorbereitung und Auswirkung christlichen Geistes aufzufassen ist, und das sowohl vor wie nach dem eigentlichen direkten Apostolat liegt, dessen Aufgabe die eigentliche Missionierung, die Bekehrung der Welt zu Christus ist, war der wichtigste Punkt des Kongresses.

In diesem Zusammenhang ist es nicht belanglos zu erfahren, dass bei der Vorbereitung des Kongresses manche glaubten, sich mit einer Versammlung der «Katholischen Aktion» begnügen zu sollen, dass aber der Hl. Vater persönlich diesen Bestrebungen sich mit aller Kraft widersetze! Die Kath. Aktion ist jene Laienbewegung, die unter der direkten Leitung der Hierarchie steht. Ihre Aufgabe ist daher das direkte Apostolat, während die direkte Gestaltung des weltlichen Raumes ausdrücklich — wie Msgr. Pavan noch kürzlich eine Papstansprache über die K. A. auslegte — von ihrem Aufgabenbereich als K. A. ausscheidet und den Sachverständigen auf diesen Gebieten überlassen wird. Dabei ist es klar, dass diese Sachverständigen weithin die gleichen konkreten Laienpersönlichkeiten sein werden. Trotzdem handeln sie bei ihrer Arbeit an der direkten Gestaltung der Welt nicht als Mitglieder der K. A., nicht in ihrem Namen. Ihre diesbezügliche Handlung ist nicht «katholisches Apostolat» sondern «Apostolat der Katholiken», wie Kard. Caggiano in seiner bereits erwähnten Rede sich ausdrückt. Es will uns scheinen, dass diese nun von öffentlich kirchlicher Seite gebrauchte Unterscheidung von direktem und indirektem Apostolat, von kath. Apostolat und Apostolat der Katholiken, sehr viel und Entscheidendes zur Klärung vieler Streitigkeiten innerhalb der Katholischen Aktion beitragen kann. Es muss viele Vereinigungen von Katholiken im weltlichen Raum geben, die ihrer inneren Natur nach nicht zur K. A. gehören, obwohl ihr Ziel darin besteht, katholische Grundsätze zu verwirklichen. Diese Vereinigungen bestehen neben der Katholischen Aktion nicht nur zu recht, sie sind eine Notwendigkeit. Der Grad ihrer Abhängigkeit von der Hierarchie ist aus sachlichen (nicht taktischen!) Gründen ein geringerer als der der K. A. Während die K. A. und das direkte kath. Apostolat «gänzlich von der Hirtenautorität der Kirche abhängen», hängt das «Apostolat der Katholiken» vornehmlich von «der Lehrautorität der Kirche» ab, wie Kardinal Caggiano sich ausdrückt, d. h. es empfängt die Grundzüge kath. Lehre von der hierarchischen Kirche, wobei es dem Laie zumeist überlassen bleibt, selbstverantwortlich aus der Kenntnis seines Fachgebietes für die konkrete Verwirklichung unter gegebenen Umständen auf seinem Gebiet Sorge zu tragen.

Wie weit nun im Einzelnen sowohl das direkte Apostolat, dessen vorzüglichster Träger — nicht der einzige — die K. A. ist, als auch das indirekte Apostolat, die «Aktion der Katholiken», heute bereits fruchtbare Arbeit leisten und welche Aufgaben noch beiden Arten des Apostolates bevorstehen, wäre eine eigene weitschichtige Arbeit. Hier mag es genügen, festzustellen, dass die Kirche eine grosse Weltstunde wahrgenommen hat und grosszügig bereit ist, sie bejahend für das Reich Gottes und das irdische Wohl der Menschen zu nützen.

Das gesellschaftliche Ordnungsgefüge und die europäische Wirtschaftseinheit

Die Aufgabe der Einung Europas wird an erster Stelle unter dem politischen Blickwinkel gesehen. Berechtigterweise, denn es war der im 14. Jahrhundert aufgekommene, im 19./20. Jahrhundert zur höchsten Virulenz gelangte Nationalismus, der Europa in die verschiedenen Nationalstaaten aufgespalten hat und diese in selbstmörderischen Kriegen sich zerfleischen liess. Die Einung Europas ist eine politische Aufgabe; daran ist nicht der geringste Zweifel möglich. Im Schumanplan und anderen in der Luft liegenden Plänen wird die Einung Europas jedoch angepackt von der wirtschaftlichen Seite her. Vieles spricht dafür; auch die Erfahrung des Zollvereins, der der Bismarckschen Reichsgründung vorausging und die Wege ebnete, wird mit Recht hierfür angerufen.

Fast ganz ausser Betracht aber bleibt die Frage des gesellschaftlichen Ordnungsgefüges, ein Zeichen dafür, in wie hohem Grade wir in Deutschland, aber auch im übrigen Europa, uns gewöhnt haben, etatistisch und an zweiter Stelle ökonomisch zu denken, während man im übrigen nur die atomisierten Einzelnen und die organisierten Interessentenhäufen sieht, nach dem Ordnungsgefüge der Gesellschaft aber überhaupt nicht fragt.

Gegenstand der nachfolgenden Ausführungen soll es sein, wenigstens den Versuch zu machen, ein gesellschaftliches Ordnungsbild, näherhin ein Bild der Wirtschaftsgesellschaft zu umreissen, in das die bestehende europäische Staatenwelt und die zu schaffende europäische Wirtschaftsgliederung sich einfügen könnten. Gleich an die Spitze sei gestellt, dass dieses Ordnungsbild nicht, wie man vielleicht im Sinne europäischer Einheit erwarten möchte, unitaristisch, sondern ausgesprochen pluralistisch ist. Das Europa von ehemals, das sich in Unkenntnis der Tatsache, dass es noch andere Weltteile gab, als den 'orbis christianus', den vermeintlich christlich gewordenen Erdkreis ansah, war pluralistisch. Das damalige gesellschaftliche Ordnungsgefüge war reichlich verwickelt. Nicht bloss imperium und sacerdotium, sondern gerade im Raume des imperium, in jenem Raume, den heute der Staat einnimmt und ausfüllt, standen mehrfache gesellschaftliche Gewalten eigenständig und einander beschränkend nebeneinander: neben der königlichen Gewalt die ständischen Gewalten, neben dem Patriziat in den Städten die Zünfte usw. Die «Einheit des Etats», dieses stolze Sinnbild unserer modernen Staatlichkeit, war nicht nur aus Gründen buchhalterisch-technischer Unzulänglichkeit, sondern aus der pluralistischen Konzeption des gesellschaftlichen und staatlichen Ordnungsgefüges ein schlechthin unvollziehbarer Gedanke.

Der Pluralismus von dazumal litt an konstitutiven Mängeln, die mit der Zeit zu seiner Entartung und schliesslich zu seinem Untergang führten. An seine Stelle traten auf der einen Seite der atomistische Individualismus, auf der andern Seite der nationalstaatliche Unitarismus; als Symptom des einseitig unitaristischen Denkens aber erleben wir die Seuche der modernen «Monomanien». Diese alle haben sich totgelaufen. Damit stehen wir vor der Aufgabe, einen echten und lebensfähigen, also organischen Pluralismus aufzubauen. Ich sage aufzubauen und nicht wiederaufzubauen, denn einmal war der einstige Pluralismus nicht gebaut, sondern gewachsen, zum andermal darf, obwohl er gewachsen war, füglich bezweifelt werden, ob man ihn als echten organischen Pluralismus gelten lassen kann oder ob er nicht in beträchtlichem Masse ein Wildwuchs war und als solcher von Anfang an etwas Unorganisches an sich hatte und eben darum entarten und zugrunde gehen musste.

I. Die monomane staatliche Souveränität

Beginnen wir beim Staat oder besser gesagt bei dem, was wir heute «Staat» nennen. Dieses ziemlich junge Gebilde, dessen geistige Ursprünge auf Machiavelli und Bodin zurückgehen, ist besessen von der Monomanie der Souveränität. Was ist Souveränität? Nach einer trefflichen französischen Begriffsbestimmung «le droit du dernier mot», die Zuständigkeit, Machtvollkommenheit oder Befugnis, das letzte Wort zu sprechen. Diese Zuständigkeit beansprucht der moderne Staat in uneingeschränkter Masse auf allen Gebieten für sich allein. Souveränität soll es einzig und allein in seiner Ebene geben. Damit lehnt er zunächst einmal jede Staffellung in der Vertikalen ab: keine innerstaatliche und ebensowenig irgend eine überstaatliche Gemeinschaft soll befugt sein, in irgend einer Sache das letzte Wort zu sprechen; das tut einzig und allein der Staat. — Das Bonner Grundgesetz, das in Art. 24 die Beschränkung von Hoheitsrechten des Bundes vorsieht und in Art. 25 eine Art Souveränität des Völkerrechts anerkennt, macht insoweit eine rühmliche, wenn auch unzulängliche Ausnahme. — Eine besonders ernste Auswirkung dieser Zusammenpressung der Souveränität in der einzelstaatlichen (nationalstaatlichen) Ebene ist diese, dass der Staat das Monopol nicht nur des Rechtszwanges, worüber sich allenfalls reden liesse, sondern der Rechtssetzung beansprucht mit der begrifflich zwingenden Folge des Ableitens in den Rechtspositivismus: alles, was dieser Staat in den äusseren Formen der Rechtssetzung, sei es Gesetzgebung, sei es Führerbefehl, setzt, ist eben damit Recht; Gesetz ist Gesetz, Befehl ist Befehl; wir kennen das ja zur Genüge und brauchen keine weiteren Worte darüber zu verlieren.

Wenn möglich noch bedeutsamer wirkt sich diese Zusammenballung des Rechts der letzten Entscheidung beim Staate in der Horizontalen aus. Hier hat sie zur ebenso begriffsnotwendigen Folge die Allzuständigkeit des Staates, seinen Totalitätsanspruch. Zunächst, wie gesagt, nur als Anspruch. In der Praxis aber kommt es auf dem Wege über das, was Ad. Wagner das Gesetz der zunehmenden Staatstätigkeit nannte, früher oder später zum tatsächlichen staatlichen Totalitarismus, zum totalen Staat, der ebensogut in demokratischer wie in monokratischer Gestalt möglich ist: die Tyrannei der 101 über die 100 kann ebenso rücksichtslos sein, ganz ebenso die elementarsten Menschenrechte vergewaltigen wie die Diktatur des einen über die 200. Diese Erkenntnis ist gar nicht neu; schon vor 100 Jahren hat W. E. v. Ketteler sie von der Mainzer Domkanzel herab verkündet und nachmals in der Zeit des sog. Kulturkampfes dem damaligen Nationalliberalismus («Freiheit, die ich meine») als Anklage ins Gesicht geschleudert. Dieser Totalitarismus des Staates aber ist der Tod aller freien Gesellschaft, das Ende jedes echten gesellschaftlichen Ordnungsgefüges.

Freies gesellschaftliches Leben besteht doch darin, dass die verschiedenen Lebenskreise ihre eigenen Angelegenheiten in die eigene Hand nehmen und in eigener Verantwortung selbst verwalten — selbstverständlich im Rahmen des grösseren Ganzen, im Rahmen der allgemeinen und durch den Staat als den Garanten des Gemeinwohls verbürgten Rechtsordnung. Der Etatismus des modernen und erst gar des totalen Staates dagegen kennt keine echte Selbstverwaltung, degradiert er doch sogar das, was er als sogenannte Selbstverwaltung zulässt, der Sache nach zur staatlichen Auftragsverwaltung. Indem alle Angelegenheiten, die es zwischen Himmel und Erde gibt, bei der staatlichen Spitze zusammengefasst werden, kommt es — namentlich im Großstaat; ähnliches ist aber bereits in den gross-

städtischen Gemeinwesen zu beobachten — zur schlagenden Überlegenheit der Bürokratie über die Volksvertretung, m. a. W. die Demokratie wird unweigerlich von der Bürokratie überspielt. Die Ministerialbürokratie eines Großstaates verfügt über tausend und abertausend erstklassige Spezialisten für alle nur erdenklichen Angelegenheiten, die zur Behandlung kommen oder zur Entscheidung anstehen. Die Volksvertretung, mag sie selbst eine aussergewöhnlich glückliche Auslese der hervorragendsten Männer und Frauen aller Volkskreise darstellen, verfügt schon rein zahlenmässig nicht über eine gleichwertige Garnitur von Spezialisten. Sie muss daher umso mehr den kürzeren ziehen, je weiter die Gesetzgebung über die Gestaltung einer grossen, umspannenden Lebensordnung für die Gemeinschaft des staatlich geeinten Volkes und über die Festlegung der allgemeinsten Richtlinien der Gesamtpolitik hinausgreift und in die Einzelheiten, heute der Handelspolitik, morgen des Aufbaus der Versicherungsträger der Sozialversicherung oder der Manipulation der Devisenkurse, übermorgen der Berufung von Hochschullehrern oder technischer Modalitäten der Seuchenpolizei und des Veterinärwesens hinabsteigt.

Diese vielleicht etwas breite Ausmalung soll nicht so sehr einsichtig machen, dass bei einem solchen Totalitätsanspruch des Staates auch das beste Parlament der Welt seine Aufgabe einfach nicht meistern kann, als vielmehr bereits vorweg das Augenmerk auf das lenken, was im gesellschaftlichen Ordnungsgefüge anders werden muss, wenn wir zu einer lebensfähigen europäischen Einheit gelangen wollen. Dazu genügt es eben nicht, diesen Block massierter Zuständigkeiten im Ganzen ein Stockwerk höher, von der Ebene der europäischen Einzelstaaten auf diejenige einer europäischen Union, hinaufzuschrauben. Ebensovienig genügt eine Aufteilung der Zuständigkeiten in dem Sinne, dass man einen Teil auf die europäische Ebene hinauf verlagert, während ein anderer Teil auf der einzelstaatlichen Ebene verbleibt. Das wäre ja nichts grundsätzlich neues gegenüber der uns geläufigen zweistöckigen Staatlichkeit (Gesamtstaat und Gliedstaaten), die sich selbstverständlich auch dreistöckig und noch mehrstöckig abwandeln lässt, ohne dass damit etwas wesentlich neues gewonnen wäre. Damit allein, d. i. durch Massnahmen ausschliesslich im Rahmen der staatlichen Organisation unseres Kontinents (so wichtig sie sein mögen!), sind die Schwierigkeiten, die uns bedrängen, nicht zu lösen!

Vorweg noch ein abschliessendes Wort zur modernen Souveränität. Der Staat, der in seinem absoluten und totalen oder, wie man heute zu sagen pflegt, totalitären Souveränitätsan-

spruch keine Götter über oder unter sich duldet, ist ebensowenig gewillt, andere Götter neben sich zu dulden. Der zu Ende gedachte Souveränitätsanspruch des modernen Staates ist monomanisch auch in dem Sinne, dass dieser Staat nur sich selbst und seine Souveränität kennt, andere Staaten dagegen nur als faktische Gegebenheiten, als Machtfaktoren, nicht aber als Rechtsgenossen einer übergeordneten Rechtsgemeinschaft, insbesondere der Völkerrechtsgemeinschaft, anzuerkennen vermag. Der moderne Souveränitätsbegriff bedeutet theoretisch und praktisch die Leugnung der Rechtsgemeinschaft unter den Völkern und damit des Völkerrechts (darum ja unsere Genugtuung über Art. 25 Bonner GG, der eine Auslegung im Sinne eines der einzelstaatlichen Souveränität übergeordneten, von ihr unabhängigen Völkerrechts wenigstens zulässt). — Der Nationalsozialismus mit seinem «Recht ist, was dem (deutschen) Volke nützt», hat die Verneinung eines der nationalstaatlichen Souveränität vor- und übergeordneten Rechts und damit eines Völkerrechts, das diesen Namen wirklich verdient, nur in schamloser Offenheit proklamiert. Im Prinzip unterschied er sich damit nicht von der allgemein vertretenen modernen Souveränitätslehre, sondern erwies sich mit dieser Offenherzigkeit nur als tolpatschiger deutscher Michel; andere — unter ihnen auch der Schöpfer des 2. Reiches — dachten im Grunde ganz ebenso, verstanden es nur dank ihrer grösseren diplomatischen Gewandtheit besser, sich der Sprache zu bedienen, um die Gedanken zu verhüllen, haben allerdings auch (das muss eingeräumt werden) nicht ebenso hemmungslos die praktischen Nutzenwendungen aus dem verwerflichen Grundsatz gezogen. Die Ereignisse und Erfahrungen der Zeit seit der Machtergreifung Hitlers und seit der als ihr Ergebnis verbliebenen Weltmachtstellung Stalins haben aufrüttelnd gewirkt und zu einer gewissen Besinnung geführt. So haben denn die Staaten der westlichen Kulturwelt die Pflöcke ihrer monomanischen Souveränitätsansprüche ein wenig zurückgesteckt. Damit ist aber nicht genug geschehen. Mit politischen Mitteln und Korrekturen allein lässt sich ein entscheidender Wandel nicht herbeiführen. Dazu muss der heutige Etatismus grundsätzlich überwunden, muss anerkannt werden, dass der Staat nicht die Gesellschaft schlechthin ist, sondern nur das Rahmengebilde, m. a. W. die Gesellschaft in ihrer recht- und machtmässigen Verklammerung. In diesen Rahmen der (gleichviel ob einstöckigen oder mehrstöckigen) Staatlichkeit muss — soll dieser kein leerer Rahmen sein! — ein echtes gesellschaftliches Ordnungsgefüge zu stehen kommen.

O. v. Nell-Breuning, Frankfurt

(Fortsetzung folgt)

Italien: Wird der Kommunismus doch noch siegen?

Die schweizerischen Pressekommentare zu den italienischen Wahlen haben im allgemeinen den Eindruck vermittelt, die Rechtsparteien hätten das Spiel gewonnen und die Linke habe eine empfindliche, wenn nicht endgültige Schlappe erlitten.

Kommt schon diese Wahlbilanz an sich einer Verzeichnung der Resultate gleich, so hat die Entwicklung seither die zuversichtlichen Siegesmeldungen keineswegs bestätigt.

Wohl haben Genua, Mailand, Turin, Florenz, Venedig und mit ihnen zehn andere Provinzhauptstädte die kommunistische Herrschaft abgeschüttelt. Statt 34 solcher Vormachtsstellungen (von 57) sind ihnen noch 18 geblieben. Aber bei den Provinzwahlen und in Sizilien hat die Linke (Kommunisten + Nenni-Sozialisten + Unabhängige Linke) von 33,2% im Jahre 1948 auf 36,4% aufgeholt.

Am letzten Parteikongress in Rom wurde von einer Zunahme der KP-Mitglieder um 461,255 auf 2 576 487 gesprochen. (Bei den Wahlen vereinigte die KPI insgesamt 1 034 937 Stimmen auf sich, d. h. 50 000 mehr als im Jahre 1948.)

Der Berichterstatter hatte kürzlich Gelegenheit, an Ort und Stelle die Verhältnisse mit zuverlässig orientierten und politisch vorzüglich geschulten Spezialisten zu besprechen. Ihr Urteil lautet: Wenn kein Wunder geschieht, wird die KP bei den nächsten Wahlen auf völlig legale Weise die Macht übernehmen (1953).

Die Begründung

In Italien war der Kommunismus bisher eine Magenfrage. Das Lohneinkommen liegt zumeist knapp über dem Exi-

stanzminimum und sehr oft empfindlich darunter. Es gibt keine Existenzsicherheit, da die (vielfach ihre Produktionskosten nicht herauswirtschaftenden) Fabriken mit Arbeiterentlassungen rechnen müssen. Ende Januar 1951 gab es in Italien rund 1 868 000 Arbeitslose (nach Angaben der NZZ sogar über 2 195 000).

Weder die 1,3 Milliarden USA-Dollarhilfe noch die Ansätze zu einer fortschrittlichen Sozialpolitik konnten verhindern, dass — wie unsere Gewährsmänner sich ausdrücken — der Kommunismus allmählich vom Magen in das Gehirn der italienischen Bürger dislozierte und von dort nicht mehr so leicht zu vertreiben sein wird.

Die KP geht auf Samtpfoten durch die Gässchen der traditions- und kirchenverbundenen Dörfer und Flecken; in den Industriestädten und Häfen aber arbeitet sie mittels Sabotage und Gewalt.

1. Die KP legt geheime Waffenlager von unvorstellbaren Ausmassen an: Bis Februar 1951 wurden nicht weniger als 14 000 t schwere und leichte Waffen und Munition gefunden (an einem Versteck allein u. a. 5 Flakkanonen!), d. h. genügend Waffen und Munition für mehrere Divisionen. Man schätzt die Zahl der partei-militärisch erfassten kommunistischen Mitglieder auf 100 000!
2. Nach parteieigenen Angaben hat die KP in 6647 Fabriken kommunistische Betriebszellen organisiert!
3. Die Kader werden an 3 Parteihochschulen (Fratocchio bei Rom, Bologna und Como), in Korrespondenz- und Abendkursen ausgebildet. Die Abendkurse allein zählen ca. 20 000 Schüler.

Auf das Frühjahr 1952 sind heute schon Bauernaufstände und Arbeiterunruhen geplant. Es werden also neuerdings Reis- und Kornfelder unter Wasser gesetzt und Bauernhäuser in Brand gesteckt werden, und die Fabrikbesitzer werden ihre Büros räumen und den Betrieb diesen Bankrotteuren überlassen, bis die Räder von alleine stillestehen, weil kein Öl mehr zu finden sein wird, um die Maschinen zu ölen und keine Lire, um Öl zu kaufen.

Die Industrie scheint dieser Entwicklung entweder blind oder ratlos, jedenfalls tatenlos, gegenüber zu stehen. Wäre es sonst möglich, dass die finanziellen Mittel für eine zweckmässige Aufklärung der Bevölkerung und eine

koordinierte Abwehr des kommunistischen Angriffs nicht aufzutreiben wären?

De Gasperis Parteifreunde scheinen weder seinen Weitblick noch seine Klugheit und seinen entschlossenen Mut zu teilen. Aber auch wenn dem nicht so wäre, so liegt das Schicksal Italiens heute nicht mehr in der Hand seiner Regierung allein. Es brauchte dazu:

- a) ganz bedeutende neue Auslandskredite und Wirtschaftshilfe für Arbeitsbeschaffung;
- b) neue Auswanderungsmöglichkeiten in bisher nicht gekannten Proportionen;
- c) die Revision des Friedensvertrages und der aus der Hypothek des Krieges erwachsenen Verpflichtungen;
- d) Italiens Integration in eine neue europäische Koalition wirtschaftlicher und militärischer Natur, um ihm Sicherheit und Stabilität zu geben.

Heute fehlt dieses notwendige Sicherheitsgefühl, nicht zuletzt infolge der prekären militärischen Lage. Wohl verausgibt Italien $\frac{1}{4}$ des Gesamtbudgets für militärische Zwecke. Aber von den 323 Milliarden Lire verbleiben nach Bezahlung des Soldes und der ganzen Militärverwaltung nicht einmal mehr 50 Milliarden Lire für sogenannte technische Zwecke, d. h. nicht genug, um eine einzige Infanterie-Division auszurüsten, während für die Gesamtausrüstung der 12 «Soll»-Divisionen ein Betrag von 1500 Milliarden Lire erforderlich wäre, d. h. mehr als das gesamte Staatsbudget ausmacht.

Es kann denn auch nicht verwundern, dass Frankreich unter den heutigen Umständen es ablehnen würde, im Ernstfalle auch nur eine Division zur Unterstützung der italienischen Abwehr gegen einen Angriff aus dem Osten an die Isonzofront zu schicken.

Wenn Italien nicht rasche und grosszügige Hilfe bekommt, so wird es spätestens 1953 zur politischen, wirtschaftlichen und militärischen Bresche, die nicht mehr zu schliessen sein wird. Es wäre darum von allergrösster Wichtigkeit, dass die «Ergebnisse» der Washingtoner-Besprechungen De Gasperis nicht leere Zusicherungen auf dem Papier bleiben, sondern realisiert würden: Grosszügige Dollarhilfe und massive Erhöhung der Einwanderungsquote für Italiener nach Amerika... Muss vielleicht die Ernennung eines amerikanischen Botschafters beim Vatikan — eines hohen Generals übrigens — auch in diesen Zusammenhängen gesehen und verstanden werden?

Indien: Entwicklungstendenzen des Sozialismus

Die amerikanische Zeitschrift «Time» vom 15. Juli 1951 gibt folgende Zusammenfassung über das neueste Programm an der Konferenz der Internationalen Sozialistischen Partei in Frankfurt:

«An Stelle der alten Programmpunkte (wie öffentlicher Besitz der Produktionsmittel usw.) vertrat das neue Sozialistische Manifest die Planung der Produktion... im Interesse des Volkes als Ganzes. Sozialistische Planung setzt nicht den öffentlichen Besitz aller Produktionsmittel voraus. Diese ist vereinbar mit der Existenz von Privateigentum auf wichtigen Gebieten. Jedoch muss der Arbeiter verbunden sein mit der Direktion der Industrie.» Dann fuhr das Manifest fort: Persönliche und politische Freiheit, sind die höchsten moralischen Werte. Das Hauptübel in der heutigen Welt ist der Kommunismus, der «neue Imperialismus... gegründet auf einer militärischen Bürokratie und einer terroristischen Polizei». Britische Sozialisten verlangten, dass die Sozialisten überall ihren gebührenden Teil in der militärischen Abwehr gegen die kommunistische Gefahr beitragen.

Klassen-Richtlinien wechseln, sagte das sozialistische Dokument. Im 19. Jahrhundert war der Sozialismus eine Bewegung von Lohnverdienern. Heute wendet er sich mehr an die Berufsarbeiter und Beamten, an die Bauern, Fischer, Handwerker, Kleinkaufleute, Künstler und Wissenschaftler. Sozialismus ist nicht einmal «notwendig», wie Marx behauptete, er ist «einfach eine der Möglichkeiten, die dem Menschen offen stehen».

Der Sozialismus in Indien widerspiegelt getreu die meisten Veränderungen in der Politik des Internationalen Sozialismus. Das starre Festhalten an der marxistisch-sozialistischen Ideologie ist in raschem Verschwinden begriffen. Ein gemässigtes Programm, das weit entfernt ist von den extremistischen Idealen vergangener Zeiten, wird langsam aus dem Durcheinander heftiger Diskussionen entwickelt, unter dem Druck der Ereignisse und aus der bitteren Erfahrung des zweiten Weltkrieges und seinen Nachwirkungen. Die Charta des Volkes, die kürzlich dem Präsidenten Prasad überreicht wurde, zeigt am ehesten, in welcher Richtung die Sozialisten sich bewegen.

Volks-Charta

Die Charta des Volkes erstrebt:

1. Abschaffung der Zemindari (Grossgrundbesitz indischer Prägung, fast verwandt mit feudalistischer Sklaverei); Aufheben der Ausweisungen und der Wiederansiedlungen; Neuaufteilung des Landes in Stücke von maximal 30 Aren; Land, das nach Verteilung auf Grund dieser Maximalquote übrig bleibt, soll ebenfalls gleichmässig verteilt werden unter die Landlosen und Bauern; alle Einkommen sollen abgestuft werden im Verhältnis 1 : 10 und ein Bedarfslohn garantiert sein.

2. Entwicklung der Landwirtschaft und Industrie durch den Staat, und Bau von Häusern für das Volk; ein umfassendes Programm für Werkzeugproduktion, besonders kleine Maschinen; Nationalisierung der Schlüsselindustrien; Arbeitsbeschaffung für jeden Arbeiter.

3. Bildung eines Ernährungswesens; Land und Milchwirtschaft auf neuem und gerodetem Land und Entwicklung des Forstwesens; das Ernährungswesen soll später in eine freie und kooperative Bauernsamer verwandelt werden.

4. Errichtung eines Staatswesens auf vierfacher Grundlage und Verwirklichung einer leistungsfähigen Demokratie; Arbeiter und Konsumenten haben Mitspracherecht; Dörfer und Distrikte erhalten ihre lokale Administration zur Verwaltung von Subventionen und Krediterleichterung für die Landwirtschaft.

5. Erleichterungen für Arme und Mittelstand durch Preisreduktionen; Gleichstellung der Preise der landwirtschaftlichen und industriellen Produkte; Kaufladen mit kontrollierten Preisen.

6. Organisation der freiwilligen Arbeit des Volkes auf der Basis einer Stunde pro Tag für jede taugliche Person.

Die «Volks-Charta» ist in sich ein interessantes und auch bedeutsames Stadium in der Entwicklung der sozialistischen Politik. Ähnlich bedeutende Entwicklungen sind festzustellen in den «Annual Policy Statements». So vertritt das «Party Statement» von 1947 die Ansicht, dass man sich der staatlichen Gewalt theoretisch auf zwei Wegen bemächtigen kann: nämlich durch aufständische Liquidierung der bestehenden Staatsgewalt, oder auf demokratischem Wege. Es scheint, dass dieses Party Statement beide Wege als möglich und erlaubt betrachtet. Im Policy Statement von 1949 jedoch tritt die Partei ganz klar einzig für friedliche demokratische Anstrengungen ein in ihrem Anspruch auf Macht. Der Ausgang, der manchen Unternehmungen in den demokratischen Ländern hinter dem Eisernen Vorhang beschieden war, wo die Sozialisten von den Kommunisten als Strohmänner in ihrem Machtstreben verwendet wurden, zeigt eben, dass es äusserst gefährlich ist, mit dem Aufstand als Waffe zu spielen. So wird die harte Schule der Erfahrung für die Sozialisten zur Lehrmeisterin wirklichen Lebens.

Nationale Belebung

Das Programm für nationale Belebung, das die Sozialisten für die Konferenz von Madras im Jahre 1950 ausarbeiteten, kennzeichnet ein weiteres Abweichen der Sozialisten von den extremen Positionen der Linken. Der Kommunismus und seine skrupellosen Methoden werden ganz offen vermieden. Mehr und mehr wird man sich der Gefahr bewusst, die aus der Unterdrückung des Privateigentums und der wahllosen Nationalisierung von Land und Industrie erwächst. Während ein gewisses Mass von Nationalisierung befürwortet wird, wird doch die Dezentralisierung der exekutiven Gewalt als Gegengewicht zur zentralisierten Wirtschaftsmacht betont. Wie dies praktisch verwirklicht werden soll, wird allerdings nicht gezeigt. Die Sozialisten kommen allmählich dazu, eine mehr persönliche Haltung in ihren Ansichten bezüglich des Individuums einzunehmen. Der Einfluss der geistigen Werte und der Religion wird mehr und mehr anerkannt. Privateigentum an

Land ist bis zu einem Maximum von 30 Aren gestattet. Kooperative statt kollektive Bewirtschaftung wird für Kleinbesitzer befürwortet. Sogar für die Industrie wird das kooperative System empfohlen. Die kleinern Grossgrundbesitzer haben Anspruch auf entsprechende Entschädigung, wenn ihnen ihr Land genommen wird. Schliesslich meint Jai Prakash Narayan, der Führer der Sozialistischen Partei, der Marxismus müsse wissenschaftlich und nicht dogmatisch interpretiert werden.

Man kann sich fragen, ob diese Änderungen nur ein politischer Schachzug sind, um neue Anhänger zu gewinnen, oder ob es sich wirklich um ehrliche Gesinnungsänderung bei den sozialistischen Führern handelt. Diese Frage wird nicht zu unrecht gestellt, da noch viele im sozialistischen Lager Loyalität zu Marx und zur Revolution befürworten. Es bleibt jedoch eine Tatsache, dass diese Revision im Parteiprogramm zum Verlust verschiedener bedeutender Parteimitglieder, die noch stark nach links tendierten, geführt hat. Narayan hätte sich auf einen Kompromiss einlassen können, um diese nicht zu verlieren, aber er tat es nicht.

Vermögensabgabe

In der letzten Ausgabe der «Party Platform» (Parteiorgan), kurz vor den Wahlen veröffentlicht, die nun bis Januar 1952 verschoben worden sind, führten die Sozialisten einen neuen Programmpunkt ein: die Vermögensabgabe. Bei Vermögen bis zu 500 000 Rupees keine Abgabe; Vermögen von 500 000 Rs. werden belastet mit einer Abgabe von 20%, solche von 1 500 000 Rs. mit 50%, solche von 7 500 000 mit 80%, solche mit über 10 000 000 Rs. mit 90%. Gleichzeitig wird die Sozialistische Partei Massnahmen ergreifen, um alle Einkommen so festzulegen, dass sie sich innerhalb eines Minimums von 100 Rs. und eines Maximums von 1000 Rs. je Monat bewegen. Mit dem Ansteigen der Produktion und dem Wachsen des nationalen Reichtums sollen diese beiden Grenzen proportional erhöht werden.

Die Vermögensabgabe wurde bei vielen europäischen Nationen, besonders nach dem ersten Weltkrieg, eingeführt. Sie bezweckte, die unverdienten Einkommen der Kriegsgewinner zu enteignen und der Inflation zu steuern. Allerdings war diese Politik nicht immer von Erfolg begleitet. In Indien sucht man die Vermögensabgabe mit der Zusammenballung von Reichtum, dem Überhandnehmen des schwarzen Marktes, der Inflationsgefahr und mit dem grossen Zustrom von bedürftigen Flüchtlingen zu rechtfertigen. Da die Sozialisten auf der ganzen Welt immer für eine Minderung in der Ungleichheit der Einkommen Propaganda machten, so erhofft man in Indien von der Einführung der Vermögensabgabe eine weitreichende Verteilung des Reichtums. Indien ist aber ein schrecklich armes Land, das schwer leidet unter veralteten Produktionsmethoden und Mangel an Kapital zur Finanzierung seiner landwirtschaftlichen und industriellen Pläne. Der zusammengeballte Reichtum sollte daher eher durch entsprechende Belohnung für diese Zwecke herangezogen werden als durch Furcht vor Enteignung. Zudem fragt man sich, ob tatsächlich so viel zusammengehäufter Reichtum erreichbar ist? Die Abwertung der Rupee hat automatisch die Kaufkraft der Reichen vermindert, wenigstens im Ausland, weniger vielleicht im Inland. Aber auch der Unbemittelte hat gleichermassen eine Einbusse erlitten.

Zieht man die heutige Tendenz auf sozialem Gebiete in Betracht, so ist die Vermögensabgabe hauptsächlich gegen die wenigen Grosshandelsfirmen und die ehemaligen Herrscher der Eingeborenen-Staaten gerichtet, die der Kongressregierung immer noch ein Dorn im Auge sind. Die Sozialisten wünschten jedoch, dass solche Parteilichkeit für die Reichen in den Kreisen des Kongresses abgeschafft würde. Obwohl Indien seine Unabhängigkeit erlangt hat, so besteht trotzdem noch viel britische Tradition weiter bezüglich der Unterschiede in

der gesellschaftlichen Stellung und in dem Klassenbewusstsein zwischen den Regierungskreisen und Reichen einerseits und den Armen andererseits, wenn auch vielleicht in nicht mehr so krasser Form wie früher. Die Sozialisten erstreben jedoch eine klassenlose Gesellschaft, aufgebaut auf wirtschaftlicher Gleichstellung. Ihr Wunsch ist vielleicht nicht so sehr marxistisch als vielmehr demokratisch gefärbt, denn die Demokratie glänzt ja gerade in Indien durch völlige Abwesenheit. Die Kasten herrschen immer noch, wenn auch nicht mehr in der alten starren Form früherer Zeiten. Zudem ist Einfluss, und nicht Verdienst, immer noch das unerlässliche Sprungbrett zum Erfolg. Indien wandelt sich, aber die Sozialisten finden, dass die Wandlung zu langsam vor sich gehe für ihren brennenden Wunsch nach Gleichschaltung. Sie würden am liebsten scharfe Massnahmen ergreifen, und hierin liegt die latente Gefahr ihres Programms. Sollte ihre Machtstellung einmal gesichert sein, so könnten sie sehr wohl durch den Druck der Parteimeinung gezwungen werden, die alte sozialistische Politik, die sich auf Grundsätze stützt, die sie lange hochgehalten haben und von denen sie nur schweren Herzens abgegangen waren, doch zu verwirklichen. Diese unbewussten Tendenzen erschweren für die Rechtsgerichteten und sogar für die Gemässigten den Beitritt zur Partei.

Stellungnahme der Katholiken

Für die Katholiken besteht ein kritischer Punkt im Programm der Sozialistischen Partei, so wie es in Indien veröffentlicht worden ist, nämlich die kategorische Weigerung, die Grossgrundbesitzer zu entschädigen. Die Sozialisten sind entschlossen mit dem alten System der Zemindari aufzuräumen, durch welches die Briten weite Gebiete aufgeteilt hatten und Beamte anstellten, um sich die Mühe des Eintreibens der Pachtzinsen von den Bauern zu ersparen. Solange diese Beamten ihre Abgaben bezahlten, wurden sie als Besitzer des Landes betrachtet. Das System der Zemindari führte im Laufe seiner Geschichte zu übersetzten Steuerforderungen, zur Beschlagnahme des Besitztums und zur widerrechtlichen Vertreibung der Pächter von ihrem Grund und Boden, ferner zur Streichung ihrer erblich verbürgten Rechte, sowie zur Ansammlung grosser Profite in den Taschen der Grossgrundbesitzer, von denen die meisten, vor allem in der neueren Zeit, in den Städten wohnten. Die Sozialisten sind der Ansicht, dass die Zahlung einer Entschädigung an solche Leute absurd sei, sowohl weil die Regierung nicht die nötigen Mittel besitzt, um sie auszuzahlen, wie auch, weil sie sich bereits durch die ungerechtfertigten Profite, die sie Jahre hindurch gemacht haben, entschädigt hätten. Die Sozialisten sind bereit den kleinern Zemendaris eine Entschädigung zu entrichten, weil sie tatsächlich durch die Enteignung ihres Landes einen Verlust erleiden. Es ist schwer, den Standpunkt der Sozialisten zu widerlegen. Sie haben, was diesen Punkt anbetrifft, zudem die Mehrheit aller Inder, die denken können, auf ihrer Seite, mit Ausnahme der Zemendaris natürlich.

Wenn immer die Sozialisten von Eigentum sprechen, so betonen sie energisch die Gefahr, die hauptsächlich durch den Grossbesitz herauf beschworen wird. Sie sprechen nicht mit der gleichen heiligen Ehrfurcht von Eigentum wie ein Kongressmitglied. Obwohl der Besitz von Eigentum ein gottgewolltes Recht ist, so legt doch auch die Kirche bestimmte Grenzen bezüglich dem Gebrauch und der Ausdehnung dieses Rechtes fest. Die soziale Funktion, die sich aus dem Eigentumsrecht ergibt, wird von guten Katholiken allerdings allzu oft verwischt oder vergessen. Die Sozialisten leugnen das Recht nicht, aber sie sind sehr zurückhaltend, eine freie Ausübung desselben zu gestatten. Kann man ihnen einen Vorwurf machen, dass sie zu zurückhaltend sind auf einem Gebiete, das völliges Neuland für sie ist, während die Verbitterung über den Missbrauch des Reichtums ihr Herz und ihre Seele immer noch quält? Es ist eben ein marxistischer Programmpunkt, dass die Produktionsmittel in der Hand des Staates sein müssen. Dies haben sie seit über hundert Jahren vertreten. Daher ist es kein Leichtes, von diesem Eckstein sozialistischer Politik abzugehen.

Schlussfolgerungen

Es ist gefährlich, in der Welt der Politik sich als Prophet aufzuspielen. Die vorliegenden Anzeichen erlauben aber doch einige Schlussfolgerungen, die in die Augen springend sind. Die Sozialisten entfernen sich endgültig vom linken Flügel in politischen Fragen. Der linke Flügel der Indischen Sozialistischen Partei trennte sich von der Partei, und die Parteiführer unternahmen nichts, um sie zurückzuholen. Gleichzeitig vereinigten sie sich jedoch nicht vollständig mit den Reihen der Kapitalisten. Sie glauben immer noch, dass der Staat eine grosse Rolle zu spielen hat bezüglich der Initiative und Organisation des Wirtschaftslebens der Nation. Da sie aber wiederum befürchten, dass der Staat sich in eine überzentralisierte, bürokratische Regierung verwandeln könnte, falls zu viel Macht in seine Hand gelegt wird, so neigen sie eher zu dezentralisierten Körperschaften, die die grösseren industriellen Unternehmen des Landes besitzen und kontrollieren sollen. Das ist in der Theorie sehr richtig. Aber die Sozialisten verraten nicht, wie dies in Wirklichkeit auszuführen wäre.

Der indische Sozialismus darf nicht auf die gleiche Stufe gestellt werden wie der europäische Sozialismus, denn der erstere hat eine ganz verschiedene Auffassung bezüglich Einstellung zur Religion und Ausübung derselben. Zudem wissen die indischen Sozialisten kaum etwas von der Soziallehre der katholischen Kirche. Sie sind hauptsächlich versessen auf praktische Lösungen für Indiens drückende wirtschaftliche und soziale Probleme. Sie sind dürfen daher in erster Linie einer soliden und allgemein gültigen Doktrin, durch die sie angeleitet werden, die richtigen menschlichen Institutionen zu schaffen, und wodurch sie eine befriedigende Lösung ihres sehnlichsten Wunsches nach sozialer Gerechtigkeit finden.

A. Fonseca (Poona)

Weg und Wert des Yoga

Die Literatur über Yoga wächst mehr und mehr ins Unübersehbare. Oft finden sich aber starke Verzeichnungen des Yoga im Westen. Manche lesen den Buchtitel «Yoga und Sport» und denken sich, Yoga sei wohl nichts anderes als ein östliches Körpertraining. Andere sehen im Yoga einen Weg, okkulte und magische Fähigkeiten zu wecken und zu entwickeln. In Wahrheit ist Yoga aber eine primär religiöse Angelegenheit, ein Heilsweg. Aus dem Werk Hauers, «Yoga als Heilsweg» (Stuttgart 1932), ist ersichtlich, dass die Urelemente des Yoga schon in den Veden sich finden und die acht Yogastufen mit kleineren Abweichungen bereits im Brahmanismus der Upanishadenzeit, im Samkhya und im Buddhismus ausgebildet

sind. Der «achtteilige buddhistische Pfad» erinnert schon im Wortlaut an die acht Yogastufen. Kraft der Verbreitung des Buddhismus in China und Japan spielt Yoga auch dort eine bedeutende Rolle, erst recht im Hinduismus aller Jahrhunderte, bis zu Ramakrishna, Vivekananda, Brahmananda, Yogananda und anderen Autoren unserer Zeit.

Was ist Yoga?

Dem Wortstamm nach hängt Yoga mit dem lateinischen jugum und dem deutschen Joch zusammen. Es geht um die «Anjochung» des Geistes. Sein ewiges Herumschweifen soll

aufhören und er soll mit dem Göttlichen und Absoluten unter ein Joch gespannt werden. Letztes Ziel ist die Unio mystica, sei sie dann pantheistisch oder theistisch verstanden, worüber auch in Indien sehr viel gestritten wurde. Das Ziel ist eines; der Wege sind viele: Karma-Yoga, der Weg der uneigennützigsten, selbstlosen Tat, vor allem in der Bhagavat-Gita gelehrt; Tantra-Yoga, der Weg beseelter Zeremonien und Praktiken; Mantra-Yoga (Japan), der Weg konzentrierten Sprechens heiliger Worte und Sätze; Yantra-Yoga, die Konzentration auf heilige Bilder, besonders Statuen und Mandalas; Hata-Yoga als Beherrschung und Vergeistigung des Körpers (gleitet am leichtesten in blosses Körpertraining ab); Bhakti-Yoga, die Liebesmystik; Jnana-Yoga (sprich: Dschana), die philosophische Mystik; Raja-Yoga (sprich: Radscha), der «königliche Yoga», der Pfad der vollkommenen Beherrschung aller seelischen und physischen Kräfte; Kundalini-Yoga, d. h. Schlangen-Yoga, die «Schlangenkraft», die im Sexualzentrum ruht, soll geweckt und durch einen Sublimationsprozess durch Erd-, Wasser-, Feuer-, Luft-, Äther- und Denklotus zum tausendblättrigen Lotus auf dem Scheitel geführt werden, ein an sich grossartiger Symbolismus, hinter dem eine ganze Metaphysik und Heilslehre steckt, die nicht mit wenigen Worten zu umreissen ist.

Die acht Yogastufen

Wer zu Gott kommen will, muss zunächst «die Gebote halten» und ein gewisses Mass von Askese üben. So beginnt der Yogaweg mit Yama, sittlicher Zucht in sozialer Rücksicht: Nichtschädigen, Wahrhaftigkeit, Nichtstehlen, Enthaltensamkeit und Lösung vom Raffwillen. Ein Strebender darf also weder dem Geld noch dem Besitz noch der Sexualität verfallen sein, sondern muss eine innere Gelöstheit und Wahrhaftigkeit haben. Er soll die Ahimsa-Haltung haben, d. h. keinem Lebewesen, soweit er kann, ein Leid zufügen. — So wie wir in der ersten Stufe mit dem Yogaweg einig gehen, so auch in der zweiten: Niyama, sittliche Zucht in persönlicher Hinsicht: «Reinheit, Zufriedenheit, Askese, eigenes Forschen in den heiligen Schriften und Hingabe an den ‚Herrn‘ (Ishvara) sind die Stücke der Selbstzucht», so fasst die berühmteste Yogaschrift, der sog. «Yoga-Katechismus des Patanjali» die zweite Stufe, niyama, zusammen. Beim Wort Reinheit ist weniger an sexuelle Reinheit gedacht, sondern an körperliche Reinheit, Fasten, Hygiene und richtige Nahrungswahl. Im einzelnen gibt es ungezählte Hinweise und Räte zu diesen Dingen, bis in die kleinsten Details, körperliche Reinigungsmethoden, Fasten- und Speisevorschriften. Die kirchliche Lehre vom Fasten, die vegetarische Lebensweise in einigen kontemplativen Orden beruhen also auf altem Menschheitswissen. — Die dritte Regel handelt von den Asana und Mudra, den Sitzhaltungen und Hilfsmitteln bei der Atemtechnik. Wichtig für die Meditation ist die Wahl eines ruhigen Ortes; ferner gilt es, die für die jeweilige Meditation beste Körperhaltung zu finden, vor allem eine völlig entspannte. Auch Ignatius in seinem Exerzitienbüchlein verschmäht es ja nicht, Hinweise für die Körperhaltung zu geben. — Die vierte Stufe heisst Prana-yama und wird gewöhnlich mit «Atemtechnik» wiedergegeben. Darin steckt aber schon meistens ein westliches Missverständnis. Prana ist nicht einfach gleich Atem oder Luft, sondern die «Urenergie der Welt», die kosmische Urkraft, der kosmische Magnetismus oder wie immer man das Gemeinte in westlicher Terminologie wiedergeben mag. Eine genaue Übersetzung gibt es nicht und am besten belässt man das Fremdwort und übersetzt genau: Prana-Beherrschung. Prana ist verbunden mit dem Sauerstoff der Luft, ist Urenergie des Lebens. Durch willentliche Konzentration kann man das Prana aus der eingeatmeten Luft abziehen und der eigenen Lebensenergie zufließen lassen, man kann und soll ein Akkumulator von Prana werden. Dazu hilft alle blosser «Atemtechnik» nichts, sondern nur das, was man das psychische Atmen nennt, der konzentrierte Entzug von Prana. An diesem

Punkt ist auch ersichtlich, wie der Yogaweg abgleiten kann ins Magische. Ein Akkumulator von Prana, von Weltkraft, beherrscht diese Weltkraft und kann sie also magisch verwenden. Dann wird aus ihm aber nicht ein Yogin, sondern ein Fakir, ein Magier. Zwischen einem Yogin und einem Fakir ist ein ähnlicher Unterschied wie für uns z. B. zwischen einem Heiligen und einem Hellscher. (Dabei ist der Heilige vielleicht auch hellsichtig, aber wie «nebenbei»; ähnlich der Yogin.) Prana-yama hat allerdings nicht nur den Zweck der Prana-Beherrschung, sondern ist auch als ruhiges Tiefatmen ein Mittel, den inneren Rhythmus auszugleichen und die Sammlung und innere Stille zu ermöglichen.

Die oberen vier Yogastufen gelten nun der rein psychischen Arbeit. Pratyahara, die Rückwendung der Sinne von der Aussenwelt, bedeutet, dass man nicht nur äusserlich die Dinge fahren lässt, sondern innerlich, der Phantasie nach, sich zurückzieht von allen äusseren Dingen und zum innersten Punkt und zu Gott vordringt. Nun erst sind die Vorbereitungen beendet für den schwierigsten Akt, die sechste Stufe, Dharana, die Festlegung des Denkkorgans. Erst wenn man es einmal versucht, wird es so ganz klar, wie sehr in uns die Gedanken und Assoziationen einander jagen, wie schwer es ist, bei einem Gedanken, einem konzentrierten Gefühl zu bleiben. Vom Yoga her würde unserem gewöhnlichen «Betrachten» vor allem vorgeworfen, dass wir zu viele Gedanken haben, dass alles in die Breite geht und deswegen nicht in die Tiefe. Ein Gedanke oder ein Gefühl sollte «durch alle Stockwerke unseres Seins» bis ganz in die Tiefe gehen. Das aber ist nur möglich, wenn es gelingt, mit dem Herumschweifen der Gedanken zu brechen. Deswegen die Wichtigkeit von Mantra, d. h. dem immer wiederholten Stossgebet (auch Rosenkranz!), Yantra, d. h. Konzentration auf ein Bild (applicatio sensuum!) usw. Jetzt erst, auf der siebten Stufe, sind wir beim Akt der Meditation, Dhyana, angelangt. Heiler hat eine Reihe von Übersetzungen des Wortes dhyana gesammelt: Meditation, Kontemplation, Beschauung, Vertiefung, Versenkung, und wählte dann schliesslich das Wort Andacht. Was sind Gegenstände der Meditation? Zum Teil im Osten und Westen die gleichen, besonders im Buddhismus, Versenkung in die Kürze, Vergänglichkeit und Wesenlosigkeit des irdischen Daseins, gemessen an dem ewigen Sein Gottes. Positiv aber ist es immer eine Versenkung in die letzte Realität. Für den östlichen Menschen ist es leider oft nur «das Absolute», das unpersönliche Brahman, die Weltseele, das Sein, oder wie immer es dann aufgefasst ist. Für den Christen ist es die Versenkung in Christus und in den dreifaltigen Gott. Dies kann mehr intellektuell (jnana) oder mehr in der Liebe (bhakti) sein. Das letzte Ziel ist Samadhi, unio mystica, überintellektuelles Einheitserlebnis mit dem Göttlichen oder mit Gott.

Bewertung

Wenn auch die monistisch-pantheistische Tendenz nicht zum Wesen des Yoga gehört — (es gibt eine Reihe theistischer Bestrebungen in Indien! cf. Thomas Ohm: Liebe zu Gott bei den nicht-christlichen Völkern, München 1950) — so ist das gegenwärtige Yogaschrifttum doch fast ausschliesslich von dieser monistisch-pantheistischen Tendenz durchdrungen, Atman gleich Brahman. Das Unionserlebnis führt also zur Union mit der kosmischen Allseele, nicht zur Union mit dem transzendenten, dreipersonlichen Gott. — Neben diesen mehr aus den metaphysischen Vorstellungen stammenden Unterschieden ist aber vor allem auf etwas zentral hinzuweisen: Yoga ist ein Weg der Selbsterlösung, der Sublimation, eine Technik, die zum Ziele führen muss, ein Weg von unten nach oben. Der christliche Heilsweg ist aber wesentlich ein Weg von oben nach unten, Gnade Gottes, die sich schenkt in Christus Jesus, und keine noch so treu geübte und gekonnte Technik der Meditation bietet eine Gewähr, dass sie zum Ziele führt, sondern ist nur das Sich-Bereitstellen, ob Gott

in freiem Entschluss die Seele in die Union hineinziehen will, wann, wo und wie es ihm gefällt. (Dabei wäre es ein Leichtes, Stellen zu zitieren, die irgend etwas davon auch im Yogaschrifttum wissen. Es geht aber um die Grundtendenz.) — Drittens: es herrscht manchmal die Gefahr, dass es beim Yoga um die Beherrschung der Lebenskräfte und der kosmischen Kräfte geht, dass das Resultat ein Magier und nicht ein Heiliger ist. — Wiederum: nicht aus dem Wesen des Yoga, aber aus der konkreten Verwirklichungsform ergibt sich oft die Gefahr, dass sich die ganze Aufmerksamkeit und die ganze seelische Kraft des Übenden auf Dinge richtet und an Dingen hängen bleibt, die doch zu den «Vorhöfen des Geistes» gehören, und nicht zur echten Gottbegegnung. Solche Yoga-Anhänger machen dann irgend einen untergeordneten Punkt, wie Vegetarismus, Abstinenz, Körpertraining, Atemtechnik zur Hauptsache, zum Allheilmittel und Religionsersatz, zum höchsten Wert, der dann mit Fanatismus vertreten wird. — Fünftens: Das Schrifttum über Yoga und Yogins enthält so viel Schönes und Ergreifendes, dass die Gefahr des Synkretismus und Indifferentismus entsteht; dass also der ungeheure Ernst der Frage: «Was scheint euch von Christus? Wessen Sohn ist er?» nicht mehr gesehen und empfunden wird. Wenn aber schon für das Wesen Christi kein Organ mehr da ist, dann erst recht nicht für Kirche, Sakramente usw. — Sechstens: Manche sehen nur noch, was der Osten diesbezüglich bietet, wissen aber nichts mehr von den ebenso reichen und wesentlichen Schätzen der christlichen westlichen Mystik.

Andrerseits ist zu sagen: wenn ein Meditationsweg und Heilsweg durch wenigstens drei Jahrtausende ungezählten Menschen und gerade den Besten diente, wenn heute auch im Westen sehr viele sich durch Yoga bereichert fühlen und das Yogaschrifttum nicht mehr aus ihrem Leben missen möchten, dann müssen sich darin bedeutende Werte finden. Sehen wir

einmal ganz davon ab, dass manche durch die körperlichen Übungen und die Atemübungen im besonderen sich physisch gestärkt, vielleicht wie neu geboren und verjüngt vorkommen. Diese körperliche Frische und Wachheit wirkt sich sofort auch psychisch aus. Viele bekennen, dass sie erst auf diesem Wege kennen lernten, was wirkliche innere Ruhe und Konzentration ist. Nicht die Weltanschauung des Hinduismus schätzen sie, sondern die Technik, die aus gründlicher Kenntnis der Psyche erwachsen ist. Yoga hat gerade heute eine so starke Anziehungskraft, weil er ein Gegengewicht gegen die Hast und Hetze des Daseins bildet, vom allzu Veräusserlichten ins Innere und Allerinnerste führt, weil er hilft, den eigenen Lebensweg und die Dinge zu überblicken, Konflikte in einfachem Stillwerden zu lösen, Unsicherheiten durch Selbstverwirklichung zu überwinden. Das Unum necessarium wird mit grösstem Ernst betont. Es geht manchen erst auf diesem Wege auf, dass die «innere Welt», besonders in der zweiten Lebenshälfte, Opfer an Zeit, Kraft und Verzicht verlangen darf, weil es sich um eminente Werte handelt. Es hat etwas Ergreifendes, die Innigkeit eines Bhaktiyogin der Gottheit gegenüber zu sehen, unter welcher Form immer er sie verehrt. Gerade auch für den Katholiken kann es sehr anregend sein, wenn er sieht, wie diese uralte psychologische Menschenweisheit ihr positives Ja sagt zu Zereemonien, heiligen Bildern, der Anrufung der heiligen Namen, dem Stossgebet, dem Wiederholungsgebet (Rosenkranz), wie all das besetzt werden sollte und dann aber auch wieder zur religiösen Verwirklichung hilft. In immer neuen Variationen wird ausgesprochen, dass es nicht auf schöne Gedanken und Theorien ankommt, sondern auf Tun, auf Verwirklichung, dass wir keine Wahrheit tiefer besitzen als jene, die wir erlebt haben. Die Begegnung des Westens mit dem Yoga ist nur ein Punkt der grossen geistigen Begegnung zwischen West und Ost.

Dr. Gebhard Frei

Ex urbe et orbe

Frauenemanzipation in Israel

Im kleinen Staat Israel vollzieht sich gegenwärtig, neben zahlreichen Detailentwicklungen und Neugestaltungen, eine Frauenemanzipation grössten Umfangs. Israel hat noch keine Verfassung — die wichtigsten und für den Augenblick dringendsten Gesetze werden von Fall zu Fall geschaffen. So trat das Parlament kurz vor den Wahlen zu Ende Juli, als es sich bereits vertragt hatte, zu einer Sondersitzung zusammen, um das «Gesetz über die Gleichberechtigung der Frau» zu verabschieden. Dieses Gesetz ist für orientalische Begriffe revolutionär zu nennen: Die radikale jüdische Orthodoxie («Agudah») lehnte es ab, weil dadurch gewisse bisher geltende Bestimmungen, die sich aus dem mosaischen rituellen Gesetz ergaben, ausser Kraft gesetzt worden sind.

Das Gesetz verkündet formell vollkommene Gleichberechtigung für die Frau vor dem Gesetz. Ausdrücklich werden Bestimmungen aus früheren Gesetzen, die dieser Konzeption nicht entsprechen, aufgehoben. In allen öffentlichen Körperschaften, mit Ausnahme gewisser rein religiöser Einrichtungen, haben die Frauen aktives und passives Wahlrecht. Sie können jegliche staatliche Laufbahn ergreifen, alle Posten in den Gemeinden usw. stehen ihnen offen. Die Scheidung kann seitens des Mannes nur mit Einwilligung der Frau erfolgen, ausser wenn ihr schwere Verfehlungen nachgewiesen werden können. Interessant ist, dass zwar die Institution der Zivilehe nicht geschaffen worden ist, dass die Eheschliessung und -scheidung auch weiterhin der Zuständigkeit der religiösen Gerichtshöfe überlassen bleibt — dass aber eben diese religiösen Stellen nunmehr den neuen gesetzlichen Maßstab anlegen müssen, der we-

sentlich liberaler ist als der frühere. So ist zum Beispiel eine grundsätzliche Änderung der bisherigen mosaisch-religiösen Praxis im künftigen gleichen Recht beider Elternteile auf die Vormundschaft ihrer unmündigen Kinder festzustellen, falls ein Elternteil stirbt; bis jetzt haben sich die religiösen Gerichtshöfe meistens gesträubt, ein solches Recht Witwen zuzuerkennen. Die religiösen Bestimmungen haben bisher die Frauen in Erbschaftsfragen zurückgesetzt: das neue Gesetz stellt Mann und Frau auf diesem Gebiet prinzipiell gleich. Neu ist ferner, dass verheiratete Frauen im Besitz ihres Vermögens bleiben — und zwar nicht nur des Vermögens, das sie mit in die Ehe gebracht, sondern auch solchen Vermögens, das sie erst in der Ehe erworben haben.

Von grosser psychologischer Bedeutung für die Popularisierung der Gleichberechtigung der Frau in Israel ist es auch, dass der Gesetzgeber den bisher gebrauchten hebräischen Ausdruck für «Ehemann», der auch etwas wie «Herr» bedeutet, durch einen zweiten ersetzt hat, der nur so viel heisst wie «Gatte» (hebräisch «Isch» statt wie früher «Baal»). Damit wird gerade bei den aus den kulturell rückständigen arabischen Ländern und aus Nordafrika eingewanderten hunderttausenden Juden — und Jüdinnen — eine wichtige begriffliche Voraussetzung für die neue Auffassung auf dem Gebiet der Stellung der Frau geschaffen. Für die Juden aus diesen Gegenden, die seit Jahrhunderten in rein orientalischen Formen und auch in Vielweiberei gelebt haben, bringt der neue Gesetzestext die einschneidende Bestimmung des Verbotes der Bigamie — und auch die Heraufsetzung des Mindestalters der Frau bei der Heirat auf 17 Jahre.

Was die Vielweiberei betrifft, musste das Gesetz übrigens

für die mohammedanischen Araber eine Ausnahme zulassen: das Verbot betrifft nur Juden und Christen in Israel — die Mohammedaner dürfen weiterhin mehrere Frauen heiraten.

Neben den orthodoxen «Agudah»-Kreisen, die gegen das Gesetz opponiert haben, bekennen sich auf der anderen Seite die Linksradikalen als Gegner des Gesetzes — weil es ihnen in der Trennung von Kirche und Staat nicht weit genug gegangen zu sein scheint. Sie verlangen, dass Eheschließung und -scheidung überhaupt aus der kirchlichen Jurisdiktion genommen und Laientribunalen bzw. Standesämtern überantwortet werden.

F. G.

Eine Nonne spricht zur Frauenfrage

Die amerikanische Dominikanerin Sr. Anna Joachim, die der Fakultät für Soziologie des Siena Heights College in Adrian im Staate Michigan vorsteht und sowohl als Autorin juristischer, soziologischer und historischer Arbeiten wie als Advokatin, Erziehungsleiterin und Pilotin bekannt ist, hat kürzlich in Toronto vor der kanadischen Föderation von katholischen Klosterschülerinnen einen Vortrag über die Frauenfrage gehalten, der auch ausserhalb Amerikas und ausserhalb katholischer Kreise höchstes Interesse gefunden hat, weil in ihm ein bei allem religiösen Grundton absolut moderner und aufgeschlossener Standpunkt zum Ausdruck gelangt. Sr. Anna Joachim O. P. führte u. a. aus:

«Die Frau von heute wird peinlichen Untersuchungen unterworfen wie nie zuvor. Anthropologen und Psychologen, Wirtschaftsleute und Industrielle, Soziologen, Politiker, Erzieher, Freunde und Feinde des Christentums — alles studiert heute Frauenprobleme und führt Debatten, um sie zu begründen und zu lösen. Die Frauenprobleme existieren auf der ganzen Welt — sie kennen keine nationale Begrenzung. Die Standpunkte haben seit der Jahrhundertwende sowohl in geistlicher wie in materieller Hinsicht eine Änderung erfahren. In der Vergangenheit mag die Frau imstande gewesen sein, die christliche Familie dadurch zu bewahren, dass sie vollkommen im häuslichen Kreis verblieb. Heute, — so lautet die dringliche Mahnung Papst Pius XII. —, üben die sozialen Bedingungen notwendigerweise einen Einfluss auf die einzelnen Familien aus: sie verlangen, dass die Frauen innerhalb und ausserhalb des Hauses tätig sind, um das Familienleben wieder zu beleben. Niemals in der Geschichte der Menschheit haben die Ereignisse von den Frauen so viel Initiative und Wagemut, ein so starkes Verantwortungsgefühl, so viel Treue und moralische Kraft, so viel Opfergeist und Geduld in aller Art Leiden, mit einem Wort so viel Heroismus verlangt wie heute, — sagt der Papst.

In früheren Jahren war eine Frau in ihrem Heim produktiv tätig: Sie kochte und nähte, sie buk, sie wusch und bügelte, sie sorgte dafür, dass ihr Haus und dass sie selbst gut aussah, und half bei zahlreichen Aufgaben, wie sie einer Frau natürlicherweise zustehen. Viele dieser Aufgaben werden heute ausserhalb des Hauses erledigt. Die Frau hat verschiedene neue Arbeitsfelder gefunden — und die meisten dieser Arbeitsfelder liegen ausserhalb ihres Hauses. Zahlreiche Berufe stehen ihr heute offen — seit dem letzten Krieg auch der Heeresdienst. Das amerikanische Arbeitsdepartement hat eine Liste von 451 verschiedenen Beschäftigungen aufgestellt: nur drei davon sind Männern reserviert! Freilich wirken ungefähr drei Viertel aller weiblichen Werkstätigen in 23 Berufskategorien. Kanada führt 61 Berufskategorien an, die den Frauen weniger liegen.

In den Vereinigten Staaten sind heute 30% aller Angestellten Frauen — und 52% von diesen Frauen sind verheiratet, (also im ganzen sind 16% der arbeitenden Bevölkerung verheiratete Frauen). Es ist dies zum ersten Mal in der Geschichte Amerikas, dass mehr verheiratete als ledige Frauen angestellt sind. Es gibt da über 4 Millionen werktätige Mütter mit Kindern unter 18 Jahren; das Durchschnittsalter einer werktätigen

Frau von heute ist 36 Jahre. Die Macht der Frauen erhellt daraus, dass etwa 52% der Wähler in den Vereinigten Staaten Frauen sind; dass 70% des Nationalvermögens, 65% der Sparkonten und 49% des Grundeigentums Frauen gehören. Die Zeitschrift ‚Ladies Home Journal‘ führt als Motto: Unterschätzt niemals die Macht einer Frau!

Papst Pius XII. hat ein vollkommenes Programm für die Tätigkeit der Frau aufgestellt. Um ihren Platz im öffentlichen Leben auszufüllen, braucht die Frau ihre besondere Erziehung. Die Frau kann keine intelligente Bürgerin einer Demokratie ohne durchgreifende Bildung sein. Niemand kann Situationen; wie sie die Gegenwart bietet, ohne regelmässiges Studium, ohne gründliche Vorbereitung begegnen. Wir brauchen Qualität und Quantität.

Papst Pius zeigt ganz deutlich, dass der Grund, warum er die katholischen Frauen zur Mitarbeit im öffentlichen Leben aufruft, gerade die Rettung und Sicherung des bedrohten Familienheims ist. Die Frau im öffentlichen Leben muss nicht gerade Generalgouverneurin, Ministerpräsidentin, Generalin oder Admiralin sein: aber warum haben wir nicht mehr Frauen in den Vereinten Nationen, in den verschiedenen ausübenden, gesetzgebenden und juridischen Körperschaften der Regierung? Der Beitrag so mancher Frau im öffentlichen Leben mag klein und unbedeutend sein, aber wenn wir die einzelnen Leistungen zusammenrechnen, so kommen wir doch unserm Ziele und unseren Idealen näher, für die wir als Mitglieder der Heerschar Christi eintreten. Beschützen und vergrössern wir so die Frauenwürde, bewahren und verstärken wir sie! Ihr Frauen seid nicht dazu da, den materiellen Dingen im Leben zu dienen: diese Dinge sind da, um euch zu dienen! Wie sagt Papst Pius: ‚Heute ist eure Zeit gekommen, katholische Frauen und Mädchen. Das öffentliche Leben braucht euch. Ihr alle müsst wissen, dass euer Schicksal auf dem Spiele steht! Geht mutig ans Werk; gebt nicht nach, lasst euch von Schwierigkeiten und Hindernissen nicht einschüchtern! Unter dem Banner Christ-Königs, unter dem Schutz Seiner wunderbaren Mutter stellet Heim, Familie und Gesellschaft wieder her.‘ »

fg

Was geht im Baltikum vor?

Ständig mehren sich die Nachrichten über zunehmende Unruhen, über die Unzufriedenheit der Bevölkerung und über kulturelle Vergewaltigung in den baltischen Randstaaten, die den Sowjets anscheinend viel zu schaffen machen. In Wilna kam es zu Arbeiterunruhen in einem Ausmass, wie sie seit der Besetzung Litauens durch die Russen im Jahre 1940 noch nicht vorgekommen sind. Die Belegschaft einer Fabrik für Heereslieferungen trat in Streik und in blutigen Kämpfen wurden über 200 Arbeiter und viele Sowjetpolizisten getötet. Ein Speicher mit Rohmaterial wurde eingäschert und zahlreiche wertvolle Maschinen demoliert.

Aus dem Distrikt Dusetai wird ein katastrophaler Niedergang der Pferde- und Viehzucht gemeldet und immer wieder werden erbitterte Klagen laut über Nichteinhaltung der vorgeschriebenen Ablieferungszahl. «Die Farmer tun was sie wollen und sabotieren offensichtlich die Befehle der Kolchosleiter» schreibt die von Moskau inspirierte Zeitung «Tiesa». «Die vorgeschriebene Anzahl der abzuliefernden Pferde und Rinder wird nicht eingehalten und die Tiere befinden sich in schrecklichem Zustand. Oft sind sie in feuchten und dunklen Stallungen untergebracht, sie verhungern oder gehen an Seuchen zugrunde.» Die Zeitung verschweigt wohlweislich, dass Dusetai zur Zeit der Selbständigkeit des litauischen Staates ein Musterdistrikt der Landwirtschaft war. Die Aufzucht hochwertiger Viehs und edler Pferde bildete den Stolz der Bauern und Gutsbesitzer und das litauische Federyieh, besonders die Mastgänse, waren von den Grossisten ganz Europas begehrt.

In welcher Weise die «Rekordziffern» der Ernten in den der Sowietunion angegliederten Staaten zustande kommen, geht

aus einem drastischen Bericht der «Sowjetskaja Latwija» hervor, die in Riga erscheint und der hier wiedergegeben sei: «Der Genosse Kowenkowa, Sekretär des CP-Komitees in Moskau, ist mit der Aufstellung der diesjährigen Ernteergebnisse in den baltischen Randstaaten beschäftigt, die — wie sollte es bei dem leidenschaftlichen Eifer der Bevölkerung, deren höchster Wunsch es ist, dem Sowjetparadies zu dienen, auch anders sein?! — natürlich Rekordziffern bringen. Da schrillt das Telephon. Der Referent des statistischen Amtes muss leider melden, dass in Lettland nur 6000 ha bebaut wurden, statt, wie vorgeschrieben, 10 000 ha. „Das stimmt nicht“, brüllt der Kommissar in den Apparat, „unter keinen Umständen kann das richtig sein. Ich verbiete, dieses Resultat in die Statistiken aufzunehmen.“ Es wurden 10 000 ha bebaut und dementsprechend stellt sich das Ernteergebnis. Haben Sie verstanden?» und krachend fliegt der Hörer in die Gabel.»

In Estland wurde kürzlich eine neue Methode zur Erpressung von Stachanow-Leistungen eingeführt. Die Fabriken sind «selbständig» gemacht und haben fortan über Beschaffung von Material, Verbrauch des Stromes, Registrierung der Arbeitsstunden usw. allein zu bestimmen. Der Arbeitslohn wird nicht mehr nach Leistung und Stellung des einzelnen Arbeiters festgesetzt, sondern nach der Höhe des Reingewinnes. Durch diese «Neuerung» soll «der Sinn des Schaffens für die Allgemeinheit» geweckt und zugleich vermieden werden, dass weniger strebsame Arbeiter von den «Spitzenleistungen» ihrer Kameraden profitieren. Da alle Abteilungen in der Arbeitsführung voneinander abhängig sind, wird der Angestellte zum Sklaven der ganzen Belegschaft und muss, um nur den notwendigsten Lebensunterhalt zu verdienen, unbezahlte Überstunden, d. h. «Stachanow-Leistungen» auf sich nehmen. Ausserdem gibt diese «Neuerung der freien Arbeit» den Kommissaren des CP-Komitees eine bequeme Handhabe zur Ausübung politischer Pressionen. Denn es ist ihnen anheimgestellt, unerwünschte Elemente in schlechter bezahlte Sektionen zu verweisen, resp. ihren Günstlingen die Chance einer besser bezahlten Arbeit und damit eines höheren Einkommens zu geben.

Dieses raffiniert ausgeklügelte «freie Arbeitsprinzip» wurde in Lettland auch in landwirtschaftlichen Betrieben eingeführt. So wird z. B. der Lohn eines Traktorenführers nicht

mehr nach der Anzahl der bearbeiteten Hektar oder der Arbeitsstunden bemessen, sondern nach den Erträgen der Ernte, respektive des abgelieferten Getreides. Mit anderen Worten: Die Entlohnung des Traktorenführers hängt von der Leistung der übrigen Landarbeiter ab, deren Sklave er geworden ist.

Auch auf kulturellem Gebiet wird die Schlinge, mit der die «zur freien Familie der Sowjetstaaten» gehörenden baltischen Länder abgedrosselt werden, immer enger gezogen und das Leben in materieller und geistiger Hinsicht wird immer unerträglicher. In Estland z. B. ist die Kirchenverfolgung — entgegen aller Propagandanachrichten in Moskauer Zeitungen — geradezu grotesk, und von «Religionsfreiheit» kann keine Rede sein. Alle Feiertage sind zu gewöhnlichen Arbeitstagen erklärt worden. Jeder, der an einem Gottesdienst teilnehmen will, muss hierfür die Genehmigung eines Parteifunktionsärs einholen, der die namentliche Registrierung aller Kirchenbesucher durchführt. Auch jede künstlerische Tätigkeit ist verpönt, sie diene denn zur Glorifizierung Stalins, Lenins oder sonstiger Sowjetbonzen, und die Pressekampagne gegen «unpolitische Künstler» und «bourgeoise Nationalisten» nimmt immer krassere Formen an. Fällt ein Künstler in Ungnade, rettet ihn auch die Zugehörigkeit zur Kommunistischen Partei nicht mehr. In Reval wurden der Vorsitzende des Sowjetisch-estnischen Künstlerverbandes, Johann Semper, der Leiter der Revaler Künstlerschule, Eric Adamson, und der Präsident der Estnischen Akademie, Hans Kruus, als «bourgeoise Nationalisten» und «Anhänger westlicher Ideen» liquidiert, obgleich alle drei als aktive Kommunisten bekannt waren. Ihre Nachfolger sind in der Hauptsache Kreaturen des Kreml oder bolschewistische Esten, deren Aufgabe darin besteht, die wissenschaftlichen Gebiete von «Nationalisten» zu säubern und die Geschichte zum Zwecke der Beweisführung einer «uralten», zwischen Russen und Esten bestehenden «Freundschaft» zu fälschen. Die Bevölkerung, arbeitsunlustig und am «sozialen Aufbau» wenig interessiert, leistet starken passiven und aktiven Widerstand gegen den Terror des Sowjetregimes. Ein Beweis dafür sind die scharfen Kritiken der sowjetischen Zeitungen, aus denen Unsicherheit und Furcht sprechen. B. v. L.

Buchbesprechungen

Von Radecki Sigismund: Über die Freiheit. 76 Seiten, Verlag Walter AG., Olten, 1950.

Der bekannte Essayist untersucht den modernen Freiheitsbegriff. Er führt ihn auf den Protestantismus zurück. Martin Luther stand auf gegen das «überbordende» Menschenwerk in Kirche und christlichem Glauben: «Menschenwerk ist nichts — Gotteswerk ist alles!» Er postulierte die absolute Wahlfreiheit gegenüber der Kirche und verband sie mit der absoluten Knechtschaft gegenüber Gott (Vergleich des Menschen mit einem Stück Holz).

Mit der Säkularisierung des protestantischen Christentums trat dann an die Stelle der absoluten Wahlfreiheit (gegenüber der Kirche) der Individualismus, dessen Höhepunkt in der französischen Revolution war. Die Wahlfreiheit des Einzelmenschen wurde Selbstzweck und duldete kein Zwischenglied. Die Parallelentwicklung im sozialen und politischen Leben erdrückte im liberalen Parlamentarismus, der bezeichnenderweise in protestantischen Ländern blühte, in katholischen aber nie richtig aufkam, ebenso alle Mittelstufen bürgerlicher Ordnung zwischen dem Einzelnen und dem Staat: Korporation, Berufsgemeinschaft, Privatschule, Mittelstand und heute die Familie. Der Liberalismus, das säkularisierte Kind des Protestantismus (vor allem der calvinischen Richtung), tendierte damals darauf hin, gerade das zu zerstören, was er selber zu beschützen vermeinte: Die Freiheit und Würde der Person; er lieferte sie der Majorität aus.

So schlägt der übertriebene Freiheitsgedanke des Individualismus nur allzuleicht in den Kollektivismus, ja in die Despotie des Tyrannen um. Diese entspricht ihrerseits der Säkularisierung der protestantischen

Lehre von der absoluten Herrschaft Gottes, und der absoluten Knechtschaft des Menschen Gott gegenüber.

Dieser zum Selbstzweck erhobenen Freiheit stellt Radecki die wahre, katholische Freiheit gegenüber. Sie ist unumgängliches Mittel zur Liebe zu Gott. Sie ist «frei im liebevollen Muss». Je freier sie ist, umso gebundener ist sie, je gebundener umso freier! Die katholische Freiheit verlangt nicht nach einer Freiheit «von», sondern sie strebt nach einer Freiheit «zu» (zum Dienen und Lieben).

Leider geht der Verfasser nicht darauf ein, wie das katholische Freiheitsideal auf die sozialen und politischen Probleme der Gegenwart angewendet werden soll. Das aber wäre gerade das Problem. Es geht doch wohl nicht an, das Rad der Geschichte einfach zurückzudrehen. Die Neuzeit ist ganz anders strukturiert als das Mittelalter (man denke nur an die ungeheure Zunahme der Bevölkerung, an die Grosstädte, an die Industrialisierung und Grossbetriebe, an das moderne Verkehrs-, Nachrichten- und Propagandawesen). Es genügt deshalb nicht, nur auf die Lösungen des Mittelalters hinzuweisen. —

Ebensowenig wird die Frage beantwortet, welche Regierungsform den Parlamentarismus ersetzen soll (der Verfasser denkt wohl an einen korporativen Ständestaat, spricht es aber nicht aus). —

Weiter wünscht man, der Verfasser sollte eingehender zeigen, warum Luther das «Wählen» so sehr dem «Gewählt-haben» vorzog. Ist sein Anliegen, abgesehen von seinem persönlichen Charakter, nicht auch aus der Zeitgeschichte zu verstehen? Es gab im Spätmittelalter eine gewisse Erstarrung nicht wesentlicher Formen des kirchlichen und religiösen Lebens,

Und der Nominalismus musste früher oder später jede Gemeinschaft wahrer Freiheit und Bindung sprengen.

Trotz dieser Mängel ist das Büchlein ein Versuch, geistesgeschichtliche Zusammenhänge zwischen Protestantismus, Liberalismus (Parlamentarismus) und Kollektivismus aufzuzeigen. Dr. Th. Bucher, Schwyz

Paulsen, Dr. Andreas: Neue Wirtschaftslehre. Einführung in die Wirtschaftstheorie von J. M. Keynes und die Wirtschaftspolitik der Vollbeschäftigung. Verlag für Rechtswissenschaft, vormals Franz Vahlen GmbH., Berlin und Frankfurt a. M., 1950, 260 Seiten.

Die Theorien von Keynes haben, man mag zu ihnen stehen wie man will, die Nationalökonomie ausserordentlich befruchtet und viele Wissenschaftler zum ersten Mal sehen gelehrt, dass die Volkswirtschaft nicht bloss die Summe der Einzelwirtschaften, sondern einen Gesamtprozess darstellt, in den die einzelnen Unternehmungen eingegliedert sind. Besonders das Erlebnis der Krisenzeit in den 30er Jahren hat diese Erkenntnis mächtig gefördert, die freilich schon heute wieder für manche verloren scheint. Die Lehren von Keynes sind auch nicht bloss Theorien geblieben, sondern haben mehr oder weniger sämtliche Staaten beeinflusst; die die Vollbeschäftigung als verpflichtendes Ziel erkannten.

Prof. Paulsen bietet auf 250 Seiten eine geistvolle, auch für den Nichtfachmann lesbare und doch den Fachmann befriedigende Einführung und Übersicht, die mit Recht die gesamt menschlichen Belange noch besonders hervorhebt. Eine Reihe von Graphiken erläutern den Text. Die mathematischen Formeln sind auf ein Minimum reduziert, bieten aber gerade so eine prägnante Anschaulichkeit bestimmter Vorgänge.

Der Band ist jedem, der sich für Probleme der Wirtschaft und der Wirtschaftsordnung interessiert, bestens zu empfehlen. J. Dd.

Randa Alexander: Der Balkan von Diokletian bis Tito. (NZN-Verlag, Zürich 1950, 200 Seiten.)

Das neue Buch von Alexander Randa, das in der Bücherreihe «Orient und Okzident» erscheint, ist wenigstens zur Hälfte und in grossen Zügen eine Zusammenfassung und didaktische Umorientierung des historischen Stoffes, den dieser Kenner der Balkangeschichte in einem vorangehenden Werk («Der Balkan, Schlüsselraum der Weltgeschichte», vgl. Orientierung, Nr. 19/1949) schon vorgelegt hat. Befreit von der dort belastenden These des alles inaugurierenden Thrakertums bemüht er sich hier etwa 1500 Jahre südosteuropäischer Geschichte zu umreissen und zu zeigen, wie im balkanischen Raum die Gegenwelten von Ost und West sich mischten und — wie er glaubt — in naher Zukunft eine Versöhnung anzubahnen fähig werden. Dabei ist es der Vorzug dieses Buches, dass es die Balkangeschichte nicht nur als Anhängsel der zentraleuropäischen wertet und damit zu den üblichen Verzeichnungen und Akzentverschiebungen kommt, sondern aus einer eigenen Mitte heraus. Für uns im «Westen» bringen solche Bücher die nötige Korrektur, und es lohnt sich, Randas Darstellung sehr aufmerksam zu lesen. hz.

Herausgeber: Apologetisches Institut des Schweizerischen katholischen Volksvereins Zürich 1, Auf der Mauer 13, Tel. (051) 28 54 58.

Abonnement- und Inseraten-Annahme: Administration «Orientierung», Zürich 1, Auf der Mauer 13, Tel. (051) 28 54 58, Postcheckkonto VIII 27842.

Abonnementspreise: Schweiz: Jährl. Fr. 9.80; halbjährl. Fr. 5.20. Einzahlungen auf Postcheckkonto VIII 27842. — Belgien-Luxembourg: Jährl. bFr. 140.—. Bestellungen durch Administration Orientierung, Einzahlungen an Van Mierlo & Co., Banquiers, Bruxelles, Comptes Chèques Postaux 7677. — Deutschland: Jährl. DM 10.50; halbjährl. DM 5.50. Einzahlungen an Pfarramt St. Kunigund, Scharrerstr. 32, Nürnberg, Postcheckkonto Nürnberg 74760, «Sonderkonto Orientierung». — Dänemark: Jährlich Kr. 18.—. Einzahlungen an P. J. Ståhli, Høstrupsvej 16, Silkeborg. — Frankreich: Einzahlungen an Mr. Wolf Pierre, Illfurth Ht/Rth., c/c. No. 86047 Strasbourg.

Abonnement 1951

Wir legen — ausschliesslich — jenen werten Lesern, die für das 2. Halbjahr noch keine Zahlung für das Abonnement geleistet haben, einen Einzahlungsschein bei, mit der freundlichen Bitte, den Betrag von Fr. 5.20 auf unser Konto zu überweisen.

Für Ihr freundliches Entgegenkommen dankt Ihnen die

Administration.

DER PFARRER UND DIE SÜNDE



Crawford Power

Roman Vierfarb. Schutzumschlag 388 S. Ln. Fr. 15.60

Die Welt der Sünde und die Welt des Heiligen liefern sich in diesem Roman ein Treffen, von dessen Ausgang der Leser nicht sagen kann, zu wessen Gunsten es entschieden wurde. Der Triumph des Bösen scheint augenfällig, die Niederlage des Pfarrers — innerlich und äusserlich — total. Oder ist es nicht sogar noch schlimmer? Lebte und lebt nicht die Sünde neben dem Heiligen her als eine eigene Daseinsform, die sich nicht mehr als solche erkennt und keine Orientierung hat nach dem Ewigen? Ein Treffen, eine Begegnung und ein Durchdringen scheint in der babylonischen Verwirrung unserer Zeit nicht mehr denkbar. Muss-

die Wege des sauberen Pärchens und des Pfarrers nach geistig und räumlich abgrundtiefer Trennung wieder zusammenführen. Zwischen dem geheimnisvollen Anfang ihrer Bekanntschaft und dem letzten dramatischen Akt eines Verbrechens liegt der Kampf um das Kind von Stella und das geheimnisvolle Verschwinden der Mutter, die von einer Kupplerin verraten wird. Es liegt dazwischen aber auch das Ringen des Pfarrers mit sich selbst und seiner trostlosen Verlassenheit, die eine Versuchung des Stolz und der Menschenverachtung ist, die Versuchung und Prüfung des Heiligen. Dies sind nicht alle Gestalten des spannungsgeladenen Romans, aber die Zentrafiguren des Geschehens, obwohl vor diesen die Frauen wie Mrs. Girard, die wohlthätige Reiche, und die einfache, fromme Haushälterin in ihrem menschlich warmen Bemühen um den Pfarrer, sowie die Männer — unter anderem der sozialreformerische Kaplan Moran und die lebenswürdige, ehrfurchtgebietende Erscheinung des Bischofs in ihrer mehr realistischen und unmystischen Weltbetrachtung — nicht verblasen.



ten daher nicht die Hoffnungen des Priesters, der eine echte Begegnung mit den Menschen der ungeordneten und ungeordneten Lebensformen herbeiführen wollte, an äusseren und inneren Widerständen scheitern?

Durch einen Traum geleitet, nimmt dieser einsame Hirte als göttlichen Auftrag die Verbindung mit zwei Leuten der Zirkuswelt auf. Es sind der Artist Diamond und seine Geliebte Stella. Er kann ihr Leben nicht beeinflussen, ihre Bahnen nicht ordnen, dem Manne nicht die Ruhe vor der Untreue seiner Geliebten geben, dem Weibe nicht die Rettung vor der brennenden Eifersucht des hörigen Mannes. Das Verhängnis nimmt seinen Lauf, so wunderbar auch die Fügungen erscheinen, welche

Die führenden amerikanischen Zeitungen widmen diesem sensationellen Roman gross aufgemachte Würdigungen: «Eine der gediegensten und besten Neuerscheinungen des Jahres» (Time). «Auf jeden Fall eines der bemerkenswertesten Bücher» (The Commonwealth).

Durch jede Buchhandlung
Schweiz. Generalauslieferung

CHRISTIANA-VERLAG

Telephon (051) 46 27 78
ZURICH 11/52

Nachdruck mit genauer Quellenangabe gestattet: «Orientierung», Zürich